



FLÜCHTLINGSRAT  
KREFELD e.V.

Flüchtlingsrat Krefeld e.V. • Bleichpfad 15a • 47799 Krefeld

An die lokalen Medien

mit der Bitte um Berücksichtigung in der  
aktuellen Berichterstattung

Bleichpfad 15a 47799 Krefeld  
Telefon 02151 – 4123857  
[www.fluechtlingsrat-krefeld.de](http://www.fluechtlingsrat-krefeld.de)  
[info@fluechtlingsrat-krefeld.de](mailto:info@fluechtlingsrat-krefeld.de)

Krefeld, 08.04.2024

### ***Pressemitteilung des Flüchtlingsrates Krefeld e.V.***

#### **Bezahlkarte für Geflüchtete!**

#### **Flüchtlingsrat: Jetzt beschlossene Einführung ist diskriminierend und führt zu zusätzlichen Belastungen für alle Beteiligte**

Der Flüchtlingsrat lehnt die jetzt von der Ampelregierung beschlossene bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete entschieden ab. Sie ist diskriminierend, integrationsfeindlich, hält keinen vor Krieg und Elend Flüchtenden von der Flucht ab und sorgt zusätzlich für völlig unnötige Verwaltungsbürokratie“ so nimmt Elisabeth Völlings, Vorsitzende des Flüchtlingsrates zu dieser jetzt beschlossenen Maßnahme der Bundesregierung zur weiteren Ausgrenzung von Geflüchteten Stellung.

„Die politisch Verantwortlichen in einer Stadt, die sich zum „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete erklärt hat, sollten jetzt umgehend mit einer Resolution an die Landesregierung tätig werden. Bei der jetzt notwendigen konkreten Ausgestaltung des neuen Gesetzes durch die Landesregierung müssen für in unserer Stadt Schutz suchende Asylbewerber\*innen alle noch verbleibenden Möglichkeiten finanzieller Selbstbestimmung Bestand haben. Ungeachtet dessen ist und bleibt die jetzt beschlossene Einführung einer bundesweiten Bezahlkarte mit ihren Einschränkungen beim Zahlungsverkehr nach Ansicht des Flüchtlingsrates und vieler Wohlfahrtsverbände unter Gleichheitsgesichtspunkten verfassungsmäßig höchst bedenklich, verhindert Integration und führt zu vermeidbaren Belastungen für alle Beteiligte“, betont die Vorsitzende des Flüchtlingsrates.

„Die desaströse Personalsituation im Fachbereich Migration und Integration wird dieses neue Gesetz zudem vermutlich noch verschärfen und wahrscheinlich für noch längere Wartezeiten bei Vorsprachen für Aufenthaltsverlängerungen und Einbürgerungsanträgen sorgen. Für alle Ratsfraktionen und die Stadtverwaltung sollte es deshalb weiterhin eine Hauptaufgabe sein, die Servicesituation dieser für alle in unserer Stadt lebenden Migranten wichtigsten Behörde weiterhin zu verbessern“, betont Elisabeth Völlings abschließend.